



ODENWALD KURIER

Zeitung der  für den Odenwald **EXTRA**
Odenwälder Friedensmarsch 2018

Von der Leyens Traum: Die Militarisierung der EU

Die Rüstungsausgaben der 22 europäischen NATO-Mitgliedsstaaten betragen 2015 ca. 230 Mrd. Dollar. US-Präsident Trump forderte, mindestens 2% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für Rüstungsausgaben bereitzustellen. Für Deutschland heißt das, die Militärausgaben von derzeit rund 37 Mrd. auf ca. 66 Mrd. pro Jahr zu erhöhen. Das sind nach Kanzleramtsleiter Altmaier knapp 23% der Steuereinnahmen; dieses Ziel soll bis 2024 erreicht sein. Trump wird nachdrücklich von Frankreich und Deutschland unterstützt. Das Ziel einer, wie Ursula von der Leyen es formulierte, „Verteidigungsunion“, kommt die EU-Länder also teuer zu stehen.

Wenn die NATO-Staaten diesen Plänen folgen, wird ein Viertel der Steuereinnahmen nicht mehr den Menschen und ihren Bedürfnissen zur Verfügung stehen, sondern der Kriegsindustrie und deren Aktienprofiteuren. Pflegenotstand, Altersarmut, Bildungsmängel und umfassende Medizin nur für Wohlhabende werden auch künftig die Folgen sein!

Denn für Lohnerhöhungen, Renten, von denen die Menschen leben können, bezahlbare und umfassende Krankenversicherung für alle Menschen, ist dann kein Geld mehr da.

2017 sind die Tariflöhne im gesamtwirtschaftlichen Schnitt nominal um 2,4 Prozent gestiegen. Zieht man die Teuerungsrate von 1,8 Prozent ab, bleibt unter dem Strich nur eine Zunahme von 0,6 Prozent. Die große Masse der Beschäftigten, denen Tariflöhne verweigert werden, hat deutlich weniger!

Bei der Rüstung aber wird Geld gescheffelt, dass es kracht. Mit den Gewehren der deutschen Rüstungsfirma Heckler&Koch morden Soldaten und Terroristen in aller Welt. Das bringt große Profite. Dagegen hat die deutsche Bundesregierung nichts einzuwenden. Wenn aber in Deutschland die vom faschistoiden Erdogan-Regime unterdrückten, verfolgten und für Massenmord freigegebenen Kurden mit ihren Fahnen und Symbolen dagegen demonstrieren, werden sie festgenommen und strafrechtlich verfolgt. Notfalls auch ohne Rechtsgrundlagen.

Für seinen mörderischen völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Kurden in Syrien kann Erdogan die zwischen 2006 und 2011 von der Bundeswehr ohne Auflagen gelieferten 354 'Leopard 2' Panzer gut gebrauchen. Auch wenn so getan wird, als wolle die deutsche Regierung deren Nachrüstung mit Minenschutz stoppen, hindert dies die Türkei nicht am völkerrechtswidrigen Einsatz. Der türkische Premier Yldirim erklärte, man könne sich die nötige Technologie auch anderweitig beschaffen.

Die große Koalition hat in den vergangenen vier Jahren deutlich mehr Rüstungsexporte genehmigt als die Vorgängerregierung. Der Gesamtwert der Lieferungen lag von 2014 bis 2017 bei 25,1 Milliarden Euro und damit 21 Prozent höher als in den Jahren der schwarz-gelben Koalition von 2010 bis 2013. Die Lieferungen in Drittstaaten außerhalb von EU und Nato nahmen sogar um 47 Prozent auf 14,48 Milliarden zu. Alleine im vergangenen Jahr wurden Waffen und andere Rüstungsgüter im Wert von 3,79 Milliarden an Drittländer exportiert. Das sind 127 Millionen mehr als im Vorjahr.

Wie friedlich ist die EU?

In Libyen bewaffnen Italien und die EU die sogenannte Küstenwache und andere Milizen, die Flüchtlinge gewaltsam an der Fahrt über das Mittelmeer hindern, einsperren, foltern und teilweise als Sklaven verkaufen. Der Widerstand gegen diese profitorientierte, nur den Monopolen nützende und mörderische Politik wächst. Widerstand ist gut und wichtig. Doch auf Dauer kommen wir nur voran, wenn die ökonomischen und politischen Verhältnisse grundlegend verändert werden und das Monopolkapital enteignet wird. Kapitalismus führt mit Notwendigkeit zu Kriegen! Wer dauerhaften Frieden will, muss für die Abschaffung des Kapitalismus kämpfen!

Kapitalismus, Faschismus und Friedenspolitik

Auch wenn das braune Pack in AfD, Pegida und anderswo es leugnet: Faschisten auf der ganzen Welt sind aus dem gleichen faulen Holz geschnitzt, wie Cem Özdemir das treffend formulierte. Sie gehen wie in der Türkei Hand

in Hand mit der weltweiten Rüstungslobby und betreiben das Geschäft mit der Angst und das Geschäft des Kapitals. Kriege waren noch stets die letzte Stufe kapitalistischer Politik. Und Nationalisten, Rassisten und Faschisten waren noch stets deren willfährige Handlanger.

Man kann nicht für den Frieden sein ohne gegen Faschismus zu kämpfen. Und man kann nicht gegen den Faschismus sein, ohne dessen Verankerung im Kapitalismus zu erkennen und zu bekämpfen. Max Horckheimers Worte am Vorabend des zweiten Weltkriegs behalten ihr Recht: Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.



Ausschnitt aus „Millionen stehen hinter mir“ von John Heartfield, 1932

DKP-Stellungnahme: Stoppte den Krieg in Syrien

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) verurteilt den Einmarsch des türkischen Militärs in Syrien. Die fortgesetzten Angriffe stellen eine eklatante Verletzung der staatlichen Souveränität Syriens dar und sind eine erneute Eskalation des seit 2011 andauernden Krieges. Unsere Solidarität gehört den Opfern dieser Angriffe. Viele von ihnen sind nach Afrin geflohen und werden nun erneut zu Opfern der Aggression eines NATO-Staates. In Syrien und für die kurdische Bevölkerung in Syrien kann und muss ein Weg der politischen Autonomie unter Wahrung der territorialen Integrität Syriens gefunden werden. Die deutsche Bundesregierung verfolgt gemeinsam mit der US-Regierung bis zum heutigen Tage das Ziel unter Verletzung der nationalen Souveränität die syrische Regierung zu stürzen. In diesem Zusammenhang

sind auch die Bundeswehreinmärsche in Jordanien und dem Mittelmeer zu sehen. Sie müssen beendet und die deutschen Soldaten abgezogen werden. Die DKP stimmt nicht in den Chor derjenigen ein, die der Russischen Föderation die Schuld am türkischen Einmarsch zuweisen. Von der russischen Regierung zu verlangen, das NATO-Mitglied Türkei zu Lande oder in der Luft militärisch aufzuhalten und damit die Ausrufung eines NATO-Bündnisfalles zu riskieren, ist politisches Abenteuerium. Die Bemühungen Russlands um eine Friedenslösung für Syrien bei Wahrung seiner territorialen und staatlichen Integrität unter Einschluss der nordsyrischen Kurden haben bislang erfolgreich die Pläne des US-Imperialismus und der EU in der Region durchkreuzt. Die DKP bleibt dabei: Frieden für Syrien kann nur erreicht werden, wenn die territoriale und staatliche Integrität Syriens gewahrt und ein friedliches und selbstbestimmtes Zusammenleben aller Volks- und Religionsgruppen garantiert wird. Dies erfordert den sofortigen Abzug aller sich völkerrechtswidrig in Syrien befindlichen Einheiten, insbesondere der der Türkei und der USA samt ihrer Verbündeten.

Wir fordern

1. den sofortigen Rückzug des türkischen Militärs aus Syrien und den Stopp aller Angriffe,
 2. den sofortigen Abzug des US-Militärs und die Schließung der US-Militärbasen,
 3. das Ende der "Regime-Change"-Politik der EU und der Bundesregierung gegenüber Syrien,
 4. den sofortigen Abzug der deutschen Soldaten aus dieser Region,
 5. den Stopp der Bundeswehreinmärsche in Jordanien und dem Mittelmeer,
 6. den Stopp der deutschen Waffenexporte insbesondere in die Türkei.
- (Das Sekretariat des Parteivorstandes der DKP Essen, 30.01.2018)

Der Odenwälder Friedensmarsch 2018 beginnt am 31. März um 11 Uhr auf dem Marktplatz am Erbacher Schloss und endet mit der Abschlusskundgebung auf dem Lindenplatz in Michelstadt

Der Odenwaldkurier wird herausgegeben und kostenlos in einer Auflage von 3.000 Exemplaren verteilt von der DKP im Odenwaldkreis.

V.i.S.d.P. ist Reinhold Fertig, Hochstraße 31, 64720 Michelstadt

eMail: Reinhold-Fertig@t-online.de